

TARAS BILOUS

LINKE VORSCHLÄGE FÜR EINE DEESKALATION IM DONBAS

AUCH DIE UKRAINE BRAUCHT SICHERHEITSGARANTIEN

Bei der Diskussion über den Donbas-Konflikt geht es in Deutschland vor allem um die Frage der NATO-Osterweiterung und die Sicherheitsinteressen Russlands. Kann es dann auch ein «legitimes Sicherheitsanliegen der Ukraine» geben? Die von Russland vorgelegten Entwürfe für Verträge mit den USA und der NATO beinhalten aber keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine, sondern nur für die NATO. In diesem Beitrag fordert der Autor die internationale Linke auf, bei der kritischen Analyse die staatlichen Perspektiven zu berücksichtigen, sonst aber einen Standpunkt einzunehmen, der die Interessen der Menschen vertritt, insbesondere jener Menschen, die auf beiden Seiten der Frontlinie und der Staatsgrenzen am meisten unter dem Konflikt zu leiden haben. Eine militärische Lösung des Konflikts sei auch in der ukrainischen Bevölkerung unpopulär. Es müsse vielmehr eine Lösung gefunden werden, die die Anwendung von Gewalt von allen Seiten verhindert.

Als in US-amerikanischen Medien Anfang 2021 erneut Berichte über die Gefahr einer russischen Militärinvasion in der Ukraine auftauchten, war die erste Reaktion vieler Ukrainer*innen zunächst Überraschung. Bis Mitte Dezember schienen viele westliche Medien diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken und das Problem ernster zu nehmen als die ukrainischen. Nicht zuletzt, weil der Generalstab der ukrainischen Armee Meldungen über eine neuerliche Konzentration russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze anfänglich dementiert hatte. Und als dann in Deutschland die *Bild*-Zeitung eine Karte von «Putins Plänen» veröffentlichte, die aussah, als hätte ein Oberschüler sie gezeichnet, löste das nicht nur Empörung, sondern auch Gelächter unter vielen ukrainischen Autor*innen aus.¹ Etliche Ukrainer*innen hofften, die Maßnahmen Russlands blieben am Ende ohne schlimmere Konsequenzen und seien nichts weiter als das Säbelrasseln, das sie bereits aus dem vergangenen Frühjahr kannten.

Doch allmählich haben die mit Nachdruck vorgebrachten Erklärungen und ultimativen Forderungen der russischen Führung viele dazu gebracht, ihre Einschätzung der Bedrohung zu ändern. Der Zweck der demonstrativen Konzentration russischer Truppen im vergangenen Frühjahr und im Herbst bestand nicht darin, einen Krieg zu beginnen, sondern Druck auf die USA, die Europäische Union und die Ukraine auszuüben und sie zu Zugeständnissen zu zwingen. Es ist leicht nachvollziehbar, warum die russische Führung den jetzigen Zeitpunkt für günstig hält, den Druck zu erhöhen: Die russische Opposition ist zerschlagen, in Europa herrscht

Unruhe wegen der Energiekrise, während die US-Truppen gedemütigt aus Afghanistan abziehen mussten und die Beziehungen zwischen den USA und China auf einem weiteren Tiefpunkt angelangt sind. Wenn es zutrifft, dass Putin eigentlich einen großen Deal und keinen großen Krieg anstrebt, drängt sich immer mehr die Frage auf: Was wird er tun, wenn er nicht bekommt, was er will? Vladimir Frolov, ein Experte vom Carnegie Moscow Center, gibt zu bedenken: «Aufgrund der doch sehr weitreichenden Forderungen Russlands [...] bleibt fast kein Spielraum, um sich zum Sieger zu erklären, wenn am Ende das, was man erreicht hat, viel weniger ist als das, was man gefordert hatte.»²

Allerdings ist die Gefahr, auf die es sich einzustellen gilt, weniger ein groß angelegter Angriff russischer Truppen und die Besetzung eines bedeutenden Teils der Ukraine. Das wäre zu teuer, zu riskant und bei der russischen Bevölkerung zu unpopulär. Viel wahrscheinlicher ist eine Eskalation im Donbas, also eine begrenzte Invasion und die Ausweitung der Gebiete der vom Kreml kontrollierten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Besonders beunruhigend in dieser Hinsicht ist die Aussage des russischen Verteidigungsministers Schoigu, private US-Militärunternehmen würden im Donbas einen Einsatz mit chemischen Waffen vorbereiten. Dieser Vorwurf ist vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Russland und der EU über die Ermittlungen zum Giftanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Alexey Nawalny zu betrachten, der die Arbeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen inzwischen lahmgelegt hat.³ Es steht zu befürchten, dass trotz der in Moskau kursie-

renden Gerüchte über ein «ossetisches Szenario»⁴ die russischen Truppen diesmal nicht wie im Georgien-Krieg 2008⁵ auf den Angriff des Gegners warten werden, sondern wie die Amerikaner im Jahr 2003 vorgehen könnten, die damals eine Rechtfertigung für ihre Aggression gegen den Irak benötigten. Ebenso besorgniserregend ist die Recherche des russischsprachigen Oppositionsmediums *Meduza*,⁶ wonach in Russland ehemaliger Söldner, die für private Militärunternehmen tätig waren, für einen Einsatz mit unbekanntem Auftrag im Donbas angeworben werden.

Ich bin kein Militärexperte, daher geht es in diesem Text nicht darum, wie eine russische Invasion aussehen könnte. Ich werde mich auf politische Fragen konzentrieren und mich mit den beiden zentralen Argumenten der russischen Führung auseinandersetzen, mit denen sie die Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze begründet. Das erste Argument lautet: Es sei Kiew, das einen Angriff auf den Donbas plane. Von daher reagiere man nur auf diese Bedrohung. Die zweite Begründung ist: Man sehe sich gezwungen, gegen die Gefahr einer NATO-Erweiterung vorzugehen. Ich werde außerdem versuchen, einen Vorschlag zu formulieren, was die internationale Linke in dieser Situation tun sollte.

EINE UKRAINISCHE OFFENSIVE?

Im Frühjahr 2021 mögen die Behauptungen des Kremls, die ukrainische Führung plane eine Offensive im Donbas, für einige noch glaubwürdig geklungen haben. Kurz davor hatte der ukrainische Präsident Volodymyr Selenskyj nämlich eine scharfe politische Kehrtwende vollzogen: Er verhängte Sanktionen gegen ukrainische Bürger*innen (derzeit sind bereits an die 2.000 Personen davon betroffen) und ließ drei Fernsehkanäle abschalten (inzwischen sind zwei weitere Sender geschlossen worden). Diese Maßnahmen verstießen, so ukrainische Menschenrechtsaktivist*innen,⁷ nicht nur grob gegen grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch gegen die ukrainische Verfassung und internationale Verträge und wiesen alle Anzeichen einer Machtanmaßung auf. Dementsprechend erschien es schwierig einzuschätzen, was von Selenskyj noch alles zu erwarten ist, obwohl es auch zu diesem Zeitpunkt keine wirklichen Hinweise auf die Vorbereitung eines Angriffs auf den Donbas gab. Derzeit aber klingen solche Anschuldigungen gegenüber Kiew noch dubioser als im Frühling 2021.

Am 26. Oktober 2021, kurz bevor die ersten Veröffentlichungen über den erneuten Zusammenzug russischer Truppen erschienen, setzte die ukrainische Armee im Donbas zum ersten Mal Bayraktar-Drohnen ein, was eine scharfe Reaktion Russlands hervorrief und Deutschland und Frankreich dazu veranlasste, öffentlich Bedenken zu äußern. Aufschlussreich ist, wie sich Selenskyj in dieser Situation verhielt. Der erste Hinweis auf den Einsatz von Bayraktar-Drohnen war nicht aus einer offiziellen Quelle gekommen, sondern stammte von dem Chefredakteur des Onlineportals *cancel.net* Jurij Butusov, einem Sprachrohr der Anhänger einer militärischen Lösung des Konflikts. Selenskyj beklagte sich einen Monat nach dem Vorfall auf einer Pressekonferenz darüber, dass die USA und die EU Druck ausgeübt und verlangt hätten, derartige Einsätze nicht zu wiederholen. Überdies machte er Butusov für den Tod von Menschen verantwortlich, weil seine Weitergabe von Informationen zu Vergeltungsschlägen geführt hätte.⁸ Bei der jährlichen Aussprache zur Lage der Nation im Parlament einige Tage spä-

ter erklärte Selenskyj: «Wir werden den Krieg nicht beenden können, ohne direkt mit Russland zu verhandeln.»⁹ Dies zeigt, dass Selenskyjs Rhetorik deutlich weniger kriegerisch ist und er mehr auf eine diplomatische Konfliktlösung setzt als der ehemalige Präsident Petro Poroschenko in den letzten Jahren seiner Amtszeit. Insgesamt spricht nichts von dem, was im vergangenen Jahr geschah, dafür, dass die ukrainische Führung gerade dabei ist, einen militärischen Angriff vorzubereiten. Vielmehr wirkt es so, als habe man alle Pläne, an der Situation im Donbas grundsätzlich etwas zu verändern, aufgegeben, solange Selenskyj Präsident ist.

Man könnte sogar sagen, Selenskyj schiebt die Lösung der Donbas-Frage vor sich her. Anstatt Frieden zu schaffen, versucht er nun, die Sympathien der ukrainischen Wähler*innen mit einer offensiven Kampagne gegen die Oligarchen im Land zu gewinnen. Dies hat ihm einen Konflikt mit dem reichsten ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetov beschert, der sich im Oktober und November zeitgleich zur Konzentration russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze entfaltete. Zuvor, das heißt im September und Oktober, hatten alle in der Ukraine noch mit Spannung den Streit zwischen Selenskyj und seinem ehemaligen Verbündeten Dmytro Razumkov verfolgt, der Razumkov dazu brachte, von seinem Amt des Parlamentsvorsitzenden zurückzutreten. Im Sommer war es nach dem Rücktritt von Innenminister Arsen Avakov zur Verhaftung einiger Mitglieder der Partei «Nationales Korps» gekommen, was das Verhältnis zwischen Selenskyj und den Rechtsradikalen weiter getrübt hat. In der zweiten Dezemberhälfte dann erklärte die Staatsanwaltschaft plötzlich, der ehemalige Präsident Poroschenko werde des Hochverrats verdächtigt. Hätte die ukrainische Führung tatsächlich eine Offensive im Donbas geplant, wären all diese Schritte unzweckmäßig und eher gefährlich für sie gewesen.

Für Selenskyj schließlich wäre ein Angriff zum jetzigen Zeitpunkt vermutlich sogar kontraproduktiv. Um der ukrainischen Armee im hypothetischen Fall eines Angriffs Paroli zu bieten, hätte Russland keine hunderttausendköpfige Armee entlang der ukrainischen Grenze zusammenziehen müssen. Ein begrenztes Kontingent – wie im August 2014 – hätte für den Donbas genügt. Zumal es für Russland leichter geworden ist, neue Truppen in den Donbas zu verlegen, nachdem seine Regierung das Mandat der OSZE-Sonderbeobachtungsmission an der Grenze zwischen Russland und den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten im September nicht verlängert hat. Ein militärisches Abenteuer mit einer Niederlage würde Selenskyjs Ansehen erheblich schaden. Warum sollte er also unter den derzeitigen Umständen ein derartiges Risiko eingehen? (Dies schließt jedoch die Möglichkeit eines Angriffs nicht aus, sollte sich die Situation grundlegend ändern.)

Selenskyj hat während seiner bisherigen Amtszeit gezeigt, dass er im Vergleich mit vorangegangenen ukrainischen Präsidenten ein weitaus besseres Gespür für die Stimmung der Wähler*innen hat. Er hat sicherlich einige sehr unpopuläre Schritte wie die Bodenreform unternommen.¹⁰ Die Öffnung des Bodenmarktes erfolgte aber unter dem Druck der Verhältnisse und des Internationalen Währungsfonds, während eine Offensive im Donbas von den USA und der EU nicht gutgeheißen würde. Für Selenskyj wäre es eine «Lose-Lose-Situation», weil sowohl der Westen als auch die Mehrheit der Wähler*innen ein derartiges Handeln verurteilen würden. *Eine militärische Lösung des Konflikts ist in der ukrainischen Bevölkerung unpopulär.* Nur etwa 20 Prozent sind dafür, aber

Selenskyi wird niemals dazu in der Lage sein, das Vertrauen dieser Falken zu gewinnen, egal was er tut. Andererseits wird die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens in seiner derzeitigen Fassung auch nur von einer Minderheit unterstützt, während sich die absolute Mehrheit für dessen Überarbeitung bzw. für den Abschluss eines neuen Abkommens ausspricht.¹¹

DIE OST-ERWEITERUNG DER NATO

Putin behauptet,¹² es sei ein «legitimes Sicherheitsanliegen Russlands», gegen die Osterweiterung der NATO vorzugehen, und viele linke Autor*innen stimmen ihm in diesem Punkt zu. Kann es dann auch ein «legitimes Sicherheitsanliegen der Ukraine» geben? Oder ist das ein Privileg der großen imperialistischen Mächte? Die von Russland vorgelegten Entwürfe für Verträge mit den USA und der NATO beinhalten keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine, sondern nur für die NATO.¹³ Einige westliche Autoren, wie Jeffrey Sachs, haben dagegen eine sehr einfache Sicherheitslösung vorgeschlagen: «Die NATO sollte die Option einer Mitgliedschaft der Ukraine vom Tisch nehmen und Russland sollte auf jeglichen Einmarsch verzichten.»¹⁴ Das Problem dabei ist: Russland ist *bereits 2014 einmarschiert*. Infolgedessen gibt es im Donbas nach wie vor einen militärischen Konflikt niedriger Intensität, während Moskau die Krim seit der Annexion in einen riesigen Militärstützpunkt verwandelt hat. Ein stabiler Frieden erfordert daher viel mehr als das Versprechen Russlands, von einer weiteren Invasion abzusehen.

Putin sagt die Wahrheit, wenn er darauf beharrt, dass die USA Gorbatschow¹⁵ und Jelzin¹⁶ versprochen haben, die NATO nicht weiter gen Osten zu erweitern, und dieses Versprechen gebrochen haben. Aber gibt das ihm das Recht auf eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine, auf eine Besetzung und Annexion der Krim, ganz zu schweigen von einem neuen Krieg? Putin rechtfertigt die eigene Verletzung des Budapester Memorandums mit dem Bruch des mündlichen Versprechens durch die Amerikaner. Nach Abschluss dieser internationalen Vereinbarung hatte die Ukraine ihr Atomwaffenarsenal aufgegeben, das nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu dem drittgrößten der Welt gehört hatte. Russland, die Vereinigten Staaten und Großbritannien verpflichteten sich damals, «die Unabhängigkeit, Souveränität und die legitimen Grenzen der Ukraine zu respektieren», «auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit der Ukraine zu verzichten» und dafür zu sorgen, «dass niemals Waffen jeglicher Art gegen die Ukraine eingesetzt werden». Mit dem Bruch dieser Vereinbarung hat Putin nicht nur dem ukrainischen Volk, sondern auch dem Kampf gegen das Wettrüsten in der Welt einen Schlag versetzt. Nach diesen Ereignissen wird es wohl schwierig werden, noch ein Land davon zu überzeugen, freiwillig auf Atomwaffen zu verzichten.

Die Diskussionen der Linken über die Osterweiterung der NATO beschränken sich oft auf die Frage, wie sich diese auf das Verhältnis zwischen den USA und Russland auswirkt. Das Problem wird damit jedoch nicht ausreichend erfasst und kann nicht gelöst werden, ohne die Positionen der kleinen osteuropäischen Staaten miteinzubeziehen. Die Entscheidung zur NATO-Erweiterung wurde von Clinton in den 1990er Jahren getroffen,¹⁷ und zwar nicht nur aufgrund der Wahlerfolge der Republikaner, sondern auch infolge des Drucks der osteuropäischen Länder, die damals unter dem Eindruck von Jelzins antiparlamentarischem Putsch 1993

und dem Tschetschenien-Krieg standen. Ja, die Expansionspolitik der NATO war falsch. Hätten die USA einer umfassenden «Partnerschaft für den Frieden» den Vorzug gegeben, wären die Interessen sowohl Russlands als auch der Ukraine berücksichtigt worden.¹⁸ Doch selbst wenn wir all dies anerkennen, haben wir noch keine Antwort auf die Frage, was jetzt zu tun ist.

Nach dem Kollaps der UdSSR fand sich die Ukraine zwischen den Stühlen wieder, zerrieben zwischen den Interessen zweier imperialistischer Machtblöcke: auf der einen Seite der Westen auf der anderen Seite Russland. Diese Situation führte zu den als «Ukraine-Krise» bezeichneten Ereignissen.¹⁹ Um die Rolle, die der westliche Imperialismus bei diesen Ereignissen spielte, näher zu betrachten, bedürfte es eines eigenen Beitrags. Es sollen hier aber einige Punkte kurz angesprochen werden. Erstens sollte der Einfluss des Weißen Hauses auf die Politik in der Ukraine nicht überbewertet werden. Der Westen hindert Kiew daran, eine protektionistische Wirtschaftspolitik zu verfolgen und mit China zusammenzuarbeiten, und hat bestimmte Reformen zur Marktliberalisierung²⁰ und zur Bekämpfung der Korruption vorangetrieben. Selenskyjs Politik hat aber gezeigt, dass die ukrainische Regierung in vielen innen- und außenpolitischen Fragen über ein hohes Maß an Autonomie verfügt. Zweitens hat die NATO die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit häufig als Pufferzone behandelt, die es nicht wert ist, in das Bündnis aufgenommen zu werden. Zwar gibt es in der NATO auch Befürworter einer Mitgliedschaft und hat man 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest eine vage Erklärung angenommen, wonach Georgien und die Ukraine irgendwann in der Zukunft «Mitglied der NATO werden» sollen.²¹ Das war jedoch eher ein Zugeständnis der europäischen NATO-Mitglieder an George Bush, der gefordert hatte, für die Ukraine einen Membership Action Plan (kurz: MAP) zu erstellen. Die meisten europäischen Staaten waren dagegen. Trotz der Bemühungen der ukrainischen Führung um einen MAP geschah nichts. Die NATO hat wiederholt erklärt, derzeit stehe das Thema nicht auf der Tagesordnung. Im Allgemeinen sorgen die EU und die USA dafür, dass sich die Ukraine in Militär- und Sicherheitsangelegenheiten zurückhält, die Militärhilfe beschränkt sich meist auf Verteidigungswaffen. Es ist bezeichnend, dass sich die Ukraine an die Türkei wenden musste, um eine effiziente Offensivwaffe – nämlich Bayraktar-Drohnen – zu erwerben.

In seinem Artikel «Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern»²² beklagte sich Putin darüber, dass die Ukraine in ein «Anti-Russland-Projekt» umgewandelt wird. Aber die Hauptschuld daran trägt Putin selbst. Laut Umfragen schwankte die Unterstützung für den NATO-Beitritt in der ukrainischen Bevölkerung vor 2014 zwischen 20 und 30 Prozent. Es gab genauso viele Menschen, die einen EU-Beitritt befürworteten, wie Menschen, die für eine Annäherung an Russland waren. Dieses Gleichgewicht blieb auch nach dem Machtwechsel in Folge des Maidans erhalten. Nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges im Donbas kam es zu einem massiven Stimmungsumschwung,²³ der noch dadurch an Dynamik gewann, dass die Regionen, in denen die prorussische Stimmung am stärksten war, auf der anderen Seite der Grenze und der Frontlinie verblieben waren. Seither ergibt jede Umfrage eine deutliche²⁴ oder sogar absolute Mehrheit²⁵ in der ukrainischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt. Ohne die russische Intervention im Jahr 2014 hätte die antirussische Stimmung in der Ukraine nie-

mals solche Ausmaße erreicht. Mit einer weiteren Invasion würde diese nur noch zunehmen.

WAS TUN?

Zu Beginn dieses Beitrages habe ich behauptet, die wirkliche Bedrohung bestünde nicht in einem Großangriff Russlands, sondern in einer begrenzten Invasion im Donbas. Es ist unmöglich, vorherzusagen, wie sich die Dinge danach entwickeln werden. Der Kreml mag einen «begrenzten Krieg mit einem leichten Sieg» im Auge haben, aber die ukrainische Armee ist nicht mehr die aus dem Jahr 2014. Gelingt es dem Kreml nicht, seine Ziele zu erreichen, so könnte ein «kleiner» Krieg schnell eskalieren und sich zu einem viel größeren ausweiten.

Branko Marcetic, Autor der Zeitschrift *Jacobin*, warnt vor der Gefahr eines Atomkrieges, sollte die US-Armee sich in einen solchen Krieg hineinziehen lassen. Er schreibt, dass «ein Krieg um die Ukraine wahnwitzig»²⁶ wäre. Klar ist: Wegen der Ukraine darf es keinen Dritten Weltkrieg geben. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Biden bereits verkündet hat: Die USA werden nicht für die Ukraine in die Schlacht ziehen. Allerdings könnte es Millionen Menschen der Hölle eines weiteren Krieges aussetzen, wenn man Putin zu verstehen gibt, dass er mit einem weiteren Krieg davonkommen könnte. Deshalb muss sich die internationale Linke etwas anderes einfallen lassen, um ihre Solidarität zu zeigen.

Dabei sollte die Linke nicht die Perspektive von Staaten einnehmen (auch wenn es wichtig ist, diese bei der Analyse der Konflikte zu berücksichtigen), sondern einen Standpunkt, der die Interessen der Menschen vertritt, insbesondere jener Menschen, die auf beiden Seiten der Frontlinie und der Staatsgrenzen am meisten unter dem Konflikt zu leiden haben: die Bevölkerung der (potenziellen) Kriegszonen, Vertriebene etc.

Wir sollten auch bedenken, dass sich die heutige Situation gegenüber dem Jahr 2014 grundlegend geändert hat. Damals waren interne und externe Faktoren des Konflikts eng miteinander verwoben. Die damalige russische Intervention fand vor dem Hintergrund eines schwelenden Bürgerkriegs statt, was zu einer Eskalation der Gewalt beitrug und die Kluft zwischen den Konfliktparteien vertiefte. Sollte es aber zu einem neuen Krieg kommen, dann würde es sich nicht um eine Kombination aus Intervention und Bürgerkrieg handeln, sondern lediglich um eine imperialistische Aggression.

Es darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass die Mehrheit der Bewohner*innen der Regionen, die am meisten unter dem Krieg leiden oder im Falle einer neuen Intervention am meisten zu leiden hätten, viel eher zu Kompromissen mit Russland bereit und insbesondere gegen einen Beitritt zur NATO ist. Die Stimmen dieser Menschen werden in der Ukraine meist ignoriert, was nicht sein darf, denn Konflikte müssen unter Einbeziehung jener Menschen gelöst werden, die direkt davon betroffen sind.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Moskau und Washington über die Zukunft der Ukraine entscheiden, wie Putin das gerne hätte. In der Debatte über mögliche Kompromisse

taucht manchmal der Begriff «Finnlandisierung» auf. Dabei geht es nicht darum, dass die USA sich geweigert hätten, Finnland in die NATO aufzunehmen. Vielmehr entschieden die Finnen selbst, die Interessen ihres sowjetischen Nachbarn zu berücksichtigen und ein bilaterales Abkommen mit der UdSSR zu schließen (worüber die USA nicht glücklich waren). Sollte der Kreml tatsächlich eine neutrale Ukraine wollen, sollte er zunächst Sicherheitsgarantien für die Ukraine und nicht für die NATO anbieten. Des Weiteren muss er im Donbas zu Zugeständnissen bereit sein und zumindest der Entmilitarisierung der Krim zustimmen.

Ein stabiler Frieden im Donbas ist jedoch ohne ein internationales Hilfsprogramm zur Wiederbelebung der vom Krieg zerrütteten Region kaum zu erreichen. Dies könnte jenes «Zuckerbrot» sein, das die Parteien von der Notwendigkeit eines Kompromisses überzeugt. Wie ich in einem anderen Artikel schrieb, sollte das Minsker Abkommen trotz seiner Bedeutung nicht zu einem Fetisch werden.²⁷ Es wurde vor sieben Jahren unter anderen Umständen unterzeichnet, die Reihenfolge der Umsetzung der meisten Vertragsklauseln ist nicht festgelegt und etliche Formulierungen lassen unterschiedliche Auslegungen zu. Die Umsetzung des Minsker Abkommens in der Form, wie sie der Kreml fordert, könnte zur Eskalation von Gewalt, einer Parlamentskrise und sogar einem neuen Bürgerkrieg in der Ukraine führen. Es ist zu bedenken, dass nicht nur die Gesellschaft, sondern auch Vertreter*innen der derzeitigen Regierung, die übrigens das Vertrauen der Gesellschaft weitgehend verloren hat, dem Minsker Abkommen zum Teil kritisch gegenüberstehen. Im ersten Jahr der Präsidentschaft Selenskyjs waren es nicht nur die Straßenproteste von Kriegsbefürwortern, die der Bereitschaft der Regierung zu Zugeständnissen den größten Schlag versetzten, sondern der Widerstand der dem Präsidenten nahestehenden Parlamentsfraktion im März 2020, als Pläne zur Einrichtung eines Beratungsgremiums bei der Trilateralen Kontaktgruppe mit Beteiligung von Vertretern der Volksrepubliken Donezk und Luhansk bekannt wurden.²⁸

Welche Position die internationale Linke in diesem Zusammenhang einnehmen soll, welche Vorschläge zur Konfliktlösung zu befürworten sind, bedarf einer breit angelegten Diskussion. Die ukrainische Linke vertritt radikal voneinander abweichende Haltungen zum Krieg. Ich habe nur eine davon vorgestellt. Von absolut vorrangiger Bedeutung ist aber ein Punkt: Alle Provokationen im Donbas müssen verhindert werden! Dafür gibt es eine einfache, aber konkrete Forderung, die Menschen guten Willens auf beiden Seiten der Barrikaden, Grenzen und Frontlinien vereinen kann: *die Stationierung von UN-Friedenstruppen im Donbas*. Ein derartiger Schritt steht im Widerspruch zu den Interessen derjenigen, die sich die Möglichkeit der Anwendung von Gewalt offenhalten wollen. Genau hier sollten wir also ansetzen.

Taras Bilous ist ukrainischer Historiker, Aktivist der NGO Sozialny Ruch und Redaktionsmitglied bei *Commons: Journal of Social Critique*.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Susanne Macht

1 www.depo.ua/ukr/life/yak-u-merezhi-stibutsya-z-karti-napadu-rosii-na-ukrainu-yaku-opublikovalo-vidannya-bild-202112051398513. 2 <https://carnegie.ru/commentary/85998>. 3 <https://carnegiemoscow.org/commentary/86015>. 4 <https://carnegiemoscow.org/commentary/85892>. 5 <https://warontherocks.com/2018/08/the-august-war-ten-years-on-a-retrospective-on-the-russo-georgian-war/>. 6 <https://meduza.io/en/feature/2021/12/23/a-road-to-nowhere>. 7 <https://khpg.org/en/1608808963>. 8 www.youtube.com/watch?v=fUyny9yUNVM. 9 www.youtube.com/watch?v=ybcaG-3Lz_E. 10 www.rosalux.de/en/publication/id/41837/legislating-land-reform-in-ukraine. 11 https://ratinggroup.ua/research/ukraine/obschestvenno-politicheskie_nastroeniya_naseleniya_6-8_dekabrya_2021.html. 12 <https://newlinesmag.com/reportage/will-putin-invade-ukraine-again/>. 13 www.theguardian.com/world/2021/dec/17/russia-issues-list-demands-tensions-europe-ukraine-nato. 14 www.project-syndicate.org/commentary/defusing-ukraine-taiwan-crises-by-jeffrey-d-sachs-2021-12. 15 [\[bachev-heard-western-leaders-early\]\(https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gor-bachev-heard-western-leaders-early\). 16 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansion-what-yeltsin-heard>. 17 \[www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2021-10-19/containment-beyond-cold-war\]\(http://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2021-10-19/containment-beyond-cold-war\). 18 \[www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2019-11-22/shoals-ukraine\]\(http://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2019-11-22/shoals-ukraine\). 19 <https://commons.com.ua/en/prichini-ukrayinskoyi-krizi/>. 20 \[www.opendemocracy.net/en/odr/uk-sponsors-deregulation-of-labour-rights-in-ukraine/\]\(http://www.opendemocracy.net/en/odr/uk-sponsors-deregulation-of-labour-rights-in-ukraine/\). 21 \[www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm\]\(http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm\). 22 <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>. 23 \[www.ponarseurasia.org/the-demise-of-ukraine-s-eurasian-vector-and-the-rise-of-pro-nato-sentiment/\]\(http://www.ponarseurasia.org/the-demise-of-ukraine-s-eurasian-vector-and-the-rise-of-pro-nato-sentiment/\). 24 <https://ru.slovoidilo.ua/2021/08/24/infografika/obshhestvo/30-let-nezavisimosti-kak-menyalos-otnoshenie-ukraincev-chlenstv-u-nato>. 25 \[www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1\]\(http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1\). 26 <https://jacobinmag.com/2021/12/united-states-russia-war-ukraine>. 27 <https://jacobinmag.com/2021/04/ukraine-russia-border-troop-buildup-ldpr-territories-shoigu>. 28 \[www.rosalux.de/en/news/id/42781/a-closing-window-of-opportunity-in-ukraine\]\(http://www.rosalux.de/en/news/id/42781/a-closing-window-of-opportunity-in-ukraine\).](https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gor-</p></div><div data-bbox=)

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 1/2022 erscheint online
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Januar 2022
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.